4. Jahrgang. Nr. 8.

Danzig, Donnerstag, den 10. Januar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.
Monats-Abonnements 12½ Sgr.

West-Preußische Zeitung.

Mit Gott für König und Vaterland

SUUM CUIQUE

Nr. 8. 4. Jahrgang

Danzig, Donnerstag, den 10. Januar 1867.

Die Mitglieder des Pr. Volksvereins und alle königstreue Patrioten des Stadt- und Landkreises Danzig werden ersucht, sich
Mittwoch, den 16. Januar d. J.,
Abends 5½ Uhr,
zu einer Generalversammlung im Selonke'schen Lokal hierselbst, Langgarten, zahlreich einzufinden.

Tagesordnung: Bezeichnung der Abgeordneten für das Parlament des Norddeutschen Bundes für den Stadt- und Landkreis Danzig.

Für den Landkreis wird
der Herr Ober-Regierungs-Rath
von Auerswald
in Aussicht genommen.

A. Bieler. Diestel. L. Hepner. v. d. Gablentz. A. Claassen. G. Steffens. Schwoch. Klatt. Naegele. Ed. Wessel. R. T. Teichgräber. Kröpfgans. Dr. **Hintz. Mix. Kuhn. Liedke. H. Neumann. Thurau. Fr. Heyn. Dickmann. H. G. Krohn.**

Zu den Norddeutschen Wahlen

geht der N. P. Z. von der „Patriotischen Vereinigung" der folgende Erlaß mit der Bitte um Abdruck zu:

Die bevorstehenden Wahlen zum Norddeutschen Reichstage veranlassen uns, an unsere politischen Freunde einige Worte der Verständigung zu richten.

Die Politik der Preußischen Regierung und die damit verbundenen Erfolge der Preußischen Waffen haben es vor aller Welt offenbar gemacht, daß der Schwerpunkt Deutschlands gegenwärtig allein in Preußen ruht, und daß, wenn jemals die Hoffnung aller Patrioten auf eine Einigung des Deutschen Vaterlandes sich verwirklichen sollen, dies nur unter der Fahne Preußens geschehen kann.

Der 1815 gegründete Deutsche Bund gab allerdings nach langen und blutigen, hauptsächlich von Preußen geführten Kämpfen dem Deutschen Vaterlande das ersehnte Einheitsband wieder; aber dieses hatte zur Voraussetzung seines Bestehens die zeitgemäße Fortentwickelung, welche nur durch die Einigung Preußens und Oesterreichs erzielt werden konnte. Diese Einigung dauerte indeß nur so lange, als es sich für Oesterreich darum handelte, die allerdings vielfach maßlosen und sich überstürzenden im Namen des Deutschen Volksgeistes ins Werk gesetzten Bestrebungen niederzuhalten, aber niemals wenn es galt, den wirklich begründeten Wünschen des Deutschen Volkes gerecht zu werden; Wünsche, die, wie allgemein bekannt ist, auf die Hebung des Ansehens und der Machtstellung Deutschlands nach außen und die Erleichterung des Verkehrs im Innern gerichtet waren. Die Folge davon war, daß der Bund, verlassen von dem Glauben des Volkes, in dem verhängnißvollen Jahre 1848 widerstandslos zusammenstürzte.

Er wurde, nachdem die Revolution äußerlich zurückgedrängt war, des Widerstrebens Preußens ungeachtet, wieder aufgerichtet; aber sein Leben war mehr wie je ein künstliches, mechanisches, und alle Bestrebungen Preußens, ihm neue und frische Kräfte einzuhauchen, scheiterten — wie die Geschichte der neuesten Zeit wiederum deutlich gelehrt hat — an dem Widerstande Oesterreichs und den particularistischen, sich auf Oesterreich und das Ausland stützenden Bestrebungen der Mittelstaaten. Es liegt jetzt aller Welt klar vor Augen, daß Preußen — weit entfernt, irgend Jemand unterdrücken zu wollen — durch das ungestüme, jeder ruhigen Erwägung verschlossene Andrängen seiner und des Deutschen Volkes Feinde genöthigt war, das Schwert zu ziehen, um diesem beklagenswerthen Zustande, den die Revolution nach Kräften für ihre Zwecke auszubeuten suchte, ein Ende zu machen. Auf den blutigen Schlachtfeldern dieses Jahres hatte es seine Stellung zu wahren und zu befestigen und zugleich die Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands zu erkämpfen.

Zwar gehen nun die Ziele unserer Regierung nicht dahin, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu machen, wie das die Reichsverfassung von 1848 anstrebte; auch nicht dahin, schon jetzt einen neuen Deutschen Bund zu schaffen, der in gleicher Weise alle Deutschen Länder umfasse, wie der im Jahre 1815 gegründete. Aber daß der Einheitsstaat nicht angestrebt wird, halten wir, vom conservativen Gesichtspunkte aus betrachtet, für ein Glück; und daß man sich einstweilen auf Norddeutschland beschränkt, erscheint uns nicht nur durch den mit Oesterreich in diesem Jahre in Prag geschlossenen Frieden und durch die damit verbundenen Rücksichten auf das Ausland, sondern auch durch die thatsächlichen Verhältnisse Deutschlands, namentlich durch den gegenwärtig noch zwischen Nord- und Süddeutschland bestehenden Zwiespalt, geboten.

Die erste Folgerung, die sich daraus für uns und unsere politischen Freunde ergiebt, ist demnach, bei den bevorstehenden Wahlen zum Norddeutschen Reichstage nicht den Blick auf solche Männer zu lenken, die unter jeder Bedingung den Deutschen Einheitsstaat wollen, oder die, mit anderen Worten, auf die Ausführung der deutschen Reichsverfassung von 1849 dringen, welche den breiten Stempel ihres Ursprungs auch darin nicht verläugnet, daß sie unter Beseitigung des Deutschen Fürstenthums eine über alle Deutschen Staaten erhabene und von einer parlamentarischen Majorität getragene Centralgewalt anstrebt. Eine solche Einheit würde in gleicher Weise den Forderungen des Deutschen Volksgeistes, wie den Forderungen Deutscher Freiheit widerstreben, da es zwar in der Deutschen Art liegt, daß der minder Mächtige dem Mächtigeren sich anschließt und, soweit es erforderlich ist, sich unterordnet, nicht aber, daß derselbe deshalb auch sein berechtigtes Eigenwesen aufgiebt.

Die zweite Folgerung, die aus unserer Auffassung der gegebenen Verhältnisse hervorgeht, ist, daß die für den Norddeutschen Reichstag zu wählenden Männer klaren und praktischen Sinnes sein müssen, daß sie, nicht rechts und nicht links weichend, unverwandt die Lösung nur der Aufgabe im Auge haben, die ihnen die Preußische Regierung nach erfolgter Einigung mit ihren Bundesgenossen stellen wird, nämlich die Einigung Norddeutschlands auf dem Gebiet des Handels und Verkehrs unter der diplomatischen und militärischen Führung Preußens. Wird diese Aufgabe befriedigend gelöst, so werden sich auch die Süddeutschen Staaten über kurz oder lang an das unter Preußen geeinigte Norddeutschland mit Nothwendigkeit anschließen müssen.

Drittens endlich — und kaum brauchen wir dies noch hinzuzufügen — müssen die Männer, die Preußen zu dem Reichstage entsendet, auch wirkliche Preußen sein, das heißt Männer, die in gleicher Weise Sinn und Verständniß für das wahre Wohl Preußens und Deutschlands, wie auch aufrichtige Ergebenheit für das Preußische Königthum besitzen, Preußische Patrioten im besten Sinne des Wortes, die zugleich ihre Eigenschaft als ächte Deutsche Patrioten dadurch bekunden, daß sie die große Deutsche Mission unseres erlauchten Königshauses, deren Erfüllung wir jetzt mit Gottes Hülfe entgegengehen, mit allen Kräften unterstützen. Für dieses große Ziel gilt es jetzt zu wirken, theoretische Diskussionen über allgemeine politische Prinzipien würden am wenigsten auf den Norddeutschen Reichstag gehören.

Wir glauben unseren Gesinnungsgenossen auf das Dringendste ans Herz legen zu sollen, die Wahl solcher Männer schon jetzt ins Auge zu fassen und darauf in politischen Versammlungen und im Privatverkehr mit aller Energie hinzuwirken. Wir sind gern bereit, an uns gerichtete Anfragen zu beantworten und mit Rath und Auskunft nach Kräften mitzuwirken.

Berlin, im Dezember 1866.
Der Ausschuß der „Patriotischen Vereinigung."

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. Spilling in Frankfurt a. O.; und dem Kreis-Physikus Dr. Bruck in Groß-Strelitz den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Lotterie.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 1. Klasse 135sten Königl. Klassen-Lotterie fiel
1 Gewinn von 3000 Thlrn. auf Nr. 33,015.
1 Gewinn von 1200 Thlrn. auf Nr. 92,804.
3 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 38,927. 65,943 und 94,308; und
3 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 29,613. 40,734 und 93,568.

Berlin, den 9. Januar 1867.
Königliche General-Lotterie-Direction.

Telegraphische Depeschen der Westpreußischen Zeitung

Wien, 9. Jan. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben, durch welches für die cisleithanischen Länder eine vollständige Amnestie für Preßvergehen und Preßverbrechen erlassen und bestimmt wird, daß alle aus bereits abgebüßten Strafen erwachsenen Rechtsfolgen nachgesehen werden sollen.

London, 9. Jan. Das Repräsentantenhaus hat den Beschluß gefaßt, die Anklage gegen den Präsidenten Johnson zu erheben.

Triest, 9. Jan. Der fällige Lloyddampfer „Minerva" ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost heute Mittag aus Alexandrien hier eingetroffen.

Konstantinopel, 9. Jan. Die Pforte hat von Plänen der griechischen Aktionspartei Kenntniß erlangt, auch andere Inseln im Archipel zu insurgiren.

Der Gesandte der Pforte in Florenz, Rustem-Bey, ist für Washington designirt.

Petersburg, 8. Jan. Die heutige „Senatszeitung" veröffentlicht einen Ukas, welcher die Einfuhr des Schweinefleisches und der aus Schweinefleisch gefertigten Fabrikate aus dem Auslande nach Rußland und dem Königreiche Polen verbietet. Die Maßregel wird durch das häufige Auftreten der Trichinenkrankheit in Deutschland motivirt.

Haus der Abgeordneten.

50. Sitzung.

Die gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten von Forckenbeck um 10½ Uhr eröffnet. Am Ministertisch waren anwesend der Minister v. Selchow und mehrere Regierungs-Kommissare. Die Plätze im Hause waren sehr lückenhaft besetzt, die Tribünen fast leer. Der Präsident theilt mit, daß der langjährige Vorsteher des stenographischen Bureaus des Hauses, Herr Stolze, gestorben. Das Haus erhebt sich, das Andenken des Verstorbenen ehrend, von seinen Plätzen. Ein Antrag des Abgeordneten Lasker ist eingegangen, er bezieht sich auf Steuerverhältnisse, bleibt aber in Bezug auf seinen Inhalt unverständlich und geht an die Finanz-Kommission zur Vorberathung. Der Präsident theilt ferner das Resultat der Wahl für die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bauten in Städten und Dörfern, mit. Vorsitzender ist der Abg. Kratz (Gladbach), Stellvertreter Abg. Senff. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Fortsetzung der Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Pflichten der Handelsmäkler. Der erste Redner ist der Abg. Achenbach. Er spricht für die Regierungsvorlage, weil durch dieselbe einem Uebelstande abgeholfen wird, der als ein offenes Geheimniß schon lange bestand. Auch er würde sich für Wegfall des ganzen Instituts der Handelsmäkler erklären, weil es mit dem Prinzip des freien Verkehrs im Widerspruch steht, wenn eben eine solche Maßregel Seitens der Regierung für erforderlich erachtet würde.

Abg. Dr. Gneist (gegen die Regierungsvorlage): Die Frage lautet: kann es der Staat rechtfertigen, den amtlichen Mäklern eine vertrauliche amtliche Stellung zu geben, ohne sich ihrer Unparteilichkeit zu versichern? Die Anschauung des Staates allein, die er haben muß, ehe er Personen einen notariellen Charakter gewähren kann, kommt hier in Belang. Den Motiven, welche die Herren für die Vorlage geltend machten, kann ich nicht zustimmen. Strohdepeschen und Strohaufträge kann man eben so gut gebrauchen, als Strohmänner, um das Gesetz zu umgehen. Die Gründe für Einbringung dieses Gesetzes sind doch sehr hinfällig. Was aus der Mäklerstellung werden soll, wenn z. B. der naiven Petition der Berliner Börse nachgegeben würde, weiß ich nicht. (Der Justizminister tritt ein.) So lange es Personen giebt, die die Stellung des Mäklers für ehrenvoll und gewinnreich halten, braucht die Gesetzgebung sich nicht zu übereilen. Auch gegen das Amendement muß ich stimmen. Soll denn auf die Petition von zwei Börsen hin ein unheilbares Loch in das Handelsgesetz geschlagen werden? (Hört!) Ich kann nur sagen: Verwerfen Sie die Vorlage sans phrase. (Bravo!) Reg.-Komm. Geh. Rath Eck: Die Ansicht des Vorredners ist irrthümlich, weil Art. 84 besteht. Eine Störung der erstrebten Einheit in der deutschen Gesetzgebung ist nicht beabsichtigt. Die Bedürfnißfrage glaubt die Regierung bejahen zu müssen. Ein in Berlin Anwesender kann sich des Mäklers oder des Kommissionärs bedienen. Der Mäkler hat kein Interesse weiter an der Summe. Der Kommissionär aber bedient sich selbst des Mäklers. Aber der Auswärtige kann sich nicht an den Mäkler wenden und steht so im Nachtheil. Daher empfiehlt die Regierung die Annahme ihrer Vorlage. — Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird abgelehnt.

Es erhält das Wort der Abg. Elven (für die Regierungs-Vorlage): Die Einwendungen gegen die Regierungs-Vorlage, welche wir gehört haben, widerlegen dieselbe nicht. Die Regierung hält das Institut der Mäkler für nothwendig, deshalb sucht sie das Publikum durch die Regelung der Stellung derselben zu schützen. Man sagt, die Mäkler werden durch das Gesetz die Befugniß haben, welche sie jetzt schon unter der Hand ausüben, selbstständig Geschäfte zu betreiben. Dem ist nicht so. Den Kommissionären wird eine Konkurrenz bereitet, die geschieht aber im Interesse des gesammten Publikums, den dadurch die Kommissionsgebühren erspart werden, und wenn es da auch manchmal vorkommen kann, daß die Mäkler auf eigene Hand Geschäfte betreiben, obgleich das Gesetz darauf eine bedeutende Strafe aussetzt, so ist der Nachtheil weit geringer, als derjenige, welchen das Gesetz in seiner gegenwärtigen Fassung dem großen Publikum zufügt; ich empfehle Ihnen daher die Annahme der Vorlage. — Ein abermaliger Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird wieder abgelehnt.

Abg. Reichenheim spricht gegen die Regierungs-Vorlage. Die Konsequenz des Gesetzes ist, daß die Mäkler dadurch, daß sie Auftraggeber und Vermittler in Einer Person sein können, die Preise willkürlich stei-

gern oder drücken können. Die allgemeinen Verkehrs-Interessen würden durch die Vorlage nur geschädigt werden können. Die Staats-Regierung legt einen sehr großen Werth auf die amtlichen Courszettel, und der Herr Abgeordnete für Stettin hat schon auf die Mangelhaftigkeit derselben hingewiesen. Mit der Erweiterung der Funktionen der Mäkler kann auch die Umgehung des Eides in erweitertem Maße stattfinden, und ich glaube, sie wird stattfinden. Ich will nicht die Interessen der Kommissionäre hier vertheidigen, aber im Interesse der Freiheit des Verkehrs spreche ich gegen die Regierungs-Vorlage. Wenn Angebot und Nachfrage in Einer Hand ruht, wie das Gesetz es anstrebt dadurch, daß es den Wirkungskreis der Mäkler erweitert, so wird die Freiheit des Verkehrs beschränkt. Die Berliner Börse hat nicht nur eine lokale, sondern eine Staatswichtigkeit und ist deshalb nicht den anderen Börsen nur gleichzustellen. Mit dem Augenblick aber, wo man Monopole ertheilt und die Verkehrsfreiheit beschränke, mit demselben Augenblick wird auch der Zufluß großer Kapitalien aufhören und das Interesse der Verkehrsfreiheit beschränkt werden, darum bitte ich Sie, lehnen Sie die Vorlage der Regierung ab. —

Abg. Schmidt (Randow) für die Regierungsvorlage: 1859 befanden sich in der ersten See- und Handelsstadt Preußens noch 39 vereidete Mäkler, jetzt ist ihre Zahl auf 24 herabgesunken. In Stettin giebt es jetzt auch keine vereideten Schiffsmäkler mehr; das ganze Geschäft ist in die Hände von Kommissionären übergegangen, und es ist dies eine erfreuliche Folge des Handelsgesetzbuches, welches das Mäklergewerbe freigiebt. Vom Standpunkte der Verkehrsfreiheit empfiehlt sich eben die Annahme der Vorlage. Das Amendement des Abg. Twesten halte ich für ganz unnöthig, da das Amt der Schiffsmäkler ganz gut von Kommissionären versehen werden kann.

Abg. v. Blanckenburg: Ich bedaure, daß ich den Ausführungen des Regierungs-Kommissars nicht beitreten kann. Ich habe unbefangen die ganze Debatte auf mein Gemüth wirken lassen, und ich muß bekennen, daß die Auslassungen der HH. Gneist, Lasker und Twesten mich vollständig von dem Gegentheil der Regierungsvorlage überzeugt haben. Alle Vertheidiger der Regierungsvorlage haben zugeben müssen, daß das Gesetz von den Mäklern umgangen werden kann und umgangen wird. Ich könnte für Aufhebung des ganzen Instituts stimmen, wenn es seitens der Regierung verlangt würde.

Abg. Graf Renard: Ich muß mich für die Regierungsvorlage aussprechen. Wenn Sie von Richtern und anderen Beamten Gewissenhaftigkeit Unbestechlichkeit und Unparteilichkeit verlangen, so pflichte ich dem bei; wenn Sie das aber auch von den Mäklern verlangen, so ist das — nehmen Sie es mir nicht übel — ein bischen starker Tabak. (Heiterkeit.) Ich halte alle gegen das Gesetz erhobenen Bedenken für unerheblich und empfehle Ihnen die Annahme der Vorlage.

Die General-Diskussion ist jetzt geschlossen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Gneist und des Regierungs-Kommissars Geh. Rath Eck nimmt das Wort der Referent Abg. Roepell, um die Regierungsvorlage zu empfehlen und die gegen dieselbe erhobenen Vorwürfe zu entkräftigen. Der Regierungs-Kommissar des Justizministeriums (Geh. Rath Pape), einer der bedeutendsten Juristen in Handelssachen, habe alle diese Einwendungen bereits in hinreichendem Maße widerlegt. (Redner ist bei der Unruhe im Hause und seiner schwachen Stimme auf der Journalisten-Tribüne schwer verständlich.)

Das Haus schreitet zur Abstimmung; zur Fragestellung empfiehlt Abg. Michaelis, zur Vermeidung von Irrthümern zunächst den Kommissions-Antrag und, falls dieser fallen sollte, den Twesten'schen zur Abstimmung zu bringen. Nach längerer Diskussion beschließt das Haus zunächst über den Antrag Twesten und dann über die Regierungs-Vorlage mit und ohne das Amendement Twesten abzustimmen. Das Amendement Twesten wird bei der Abstimmung abgelehnt, ebenso auch die Regierungs-Vorlage. Eine zu demselben Gegenstande vorliegende Petition wird als durch den Beschluß des Hauses erledigt erachtet.

Der Präsident theilt mit, daß der Abg. v. Fock erkrankt sei; es wird deshalb der Bericht über die Unterveriheilung der Grundsteuer in den 6 östlichen Provinzen von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Schlußberathung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung der Klassen-Steuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer in der Stadt Wittstock. Der Berichterstatter Abg. Krieger (Berlin) empfiehlt in kurzen Worten die Annahme des Gesetzentwurfes.

Abg. Dr. Löwe (Bochum) verweist darauf, daß die Regierung mit der Absicht der Umwandlung der Mahl- und Schlachtsteuer überhaupt fürs ganze Land umgehe und bereits Gutachten von den Kommunal-Verwaltungen der größeren Städte eingefordert habe. Solche Gutachten seien sehr mißlicher Natur und nicht immer geeignet, die wahre Ansicht der Bevölkerung der Städte darzulegen. Ich möchte es der Regierung bei dieser Angelegenheit ans Herz legen, endlich einmal diese Steuer von Staats wegen aufzuheben.

Regierungs-Kommissar Geheimer Finanzrath Weber: Die Regierung hält es für angemessen, da diese Steuer einen halb staatlichen, halb kommunalen Charakter hat, die Ansicht der Kommunalverwaltungen zu hören, und wenn die Majorität der großen Städte sich dafür erklärt, unbedingt damit vorzugehen.

Abg. v. Vincke (Hagen): Wenn die Regierung erst auf die Zustimmung der städtischen Behörden warten will, kann sie lange warten. Die, welche das städtische Interesse in den Kommunalverwaltungen zu vertreten haben, werden allerdings nicht gegen das Interesse ihres Geldbeutels für die Aufhebung der Steuer sich entscheiden. In welche mißliche Lage gerathen wir nicht, wenn wir gegenüber den neuen Provinzen, wo diese Steuer nicht besteht, dieselbe hier in den größeren Städten der alten Provinzen noch beibehalten! Ich erachte es für die erste Pflicht des Hrn. Finanzministers diese Steuer, welche den Armen ihr Brod und Fleisch vertheuert, baldmöglichst aufzuheben

Regierungs-Kommissar Geheim Rath Scheele: Nur nebenher habe ich erwähnt, daß der fiskalische Standpunkt für die Regierung ein Motiv sei und von ihr ohne Gewicht darauf zu legen, nicht umgangen werden darf. Den Vertretern der größeren Städte kann ich es überlassen, die Ansichten des Hrn. Vorredners zu widerlegen.

Abg. Freiherr v. Vincke (Olbendorf): Zu dem bereits gegen diese Steuer Gesagten will ich nur noch hinzufügen, daß sie insbesondere eine ungerechte ist, dem Lande gegenüber und Denjenigen gegenüber, welche sie nicht und dafür die Klassensteuer haben. Halten sich diese mehrere Monate in Berlin auf, so haben sie für diese Zeit doppelte Steuer zu bezahlen. Hierin finde ich einen Grund, warum diese Besteuerung in den größeren Städten abzuschaffen ist. — Der Streit, wer mehr belastet ist, kann erst beurtheilt werden, wenn Alle eine gleichartige Besteuerung haben. Die großen Städte haben Vortheile genug durch den Verkehr, und für die kommunalen Bedürfnisse sollten sie diese nicht noch steigern, daß sie die Mahl- und Schlachtsteuer beibehalten. Ich wünsche sehr, daß sie abgeschafft werde.

Abg. Michaelis: Wenn die Regierung nach dem Gutachten der Städteverwaltung die Reform dieser Steuer vornehmen wi , so wird dadurch die Reform weiter hinausgeschoben werden, als es nach der öffentlichen Meinung nothwendig ist. Es darf bei derselben nur das allgemeine Interesse und der Standpunkt des wirthschaftlichen Vortheils des Volkes ins Auge gefaßt werden. Wenn der letzte Herr Redner meinte, daß die Fremden unter dieser Steuer litten, so werden sie denselben Uebelstand empfinden in der erhöhten Miethssteuer der Gastwirthe, die von ihnen als Chambregarnisten eine höhere Miethe fordern würden. Ich meine, die Regierung hat aber nicht blos das fiskalische Interesse und das einer gerechten Vertheilung der Steuern, sondern auch das zu vertreten, daß die Mittel, die für den Staat nothwendig sind, mit möglichst wenig Schaden für die Gesammtheit aufgebracht werden. Und gerade diese Besteuerung hat in ihrer Rückwirkung auf die Landwirthschaft vielen Schaden, namentlich dadurch, daß ein geringerer Verbrauch, eine künstliche Verminderung, an Fleisch und Brot herbeigeführt wird.

Abg. Dr. Gneist. Die Kommunen sind der Regierung gewiß sehr dankbar, wenn sie befragt werden über die bestehenden Steuerverhältnisse. Solche Gutachten über bestehende Steuern können sie abgeben, etwas Anderes ist es aber, von den Kommunalbehörden Gutachten über volkswirthschaftliche Fragen zu verlangen; das ist eine nutzlose Qualerei. Sie sind dazu nicht im Stande, da die Versammlungen gar nicht so zusammengesetzt sind, um die Fragen zu beantworten. Sie bestehen zu $^2/_3$ aus Hauseigenthümern und zu $^1/_2$ aus Miethern erster Klasse. Das ist doch ein Corpus, das man überhaupt nicht zweckmäßig befragen kann über die Anschauungen der arbeitenden Klasse. Meine Herren! Wenn die Regierung so fortfährt, immer Interessegruppen zu befragen, so kommen wir in ein wahres Chaos; denn diese Gutachten lassen sich vorher sagen. Je nach ihrer Zusammensetzung werden sie ihre volkswirthschaftlichen Ideen haben. Das Herumfragen bei den Kommunen ist nur ein Verfahren, entstanden aus der Furcht der Regierung, Unzufriedenheiten zu erregen. Freilich für den Moment wird das geschehen, aber nach drei Jahren wird die Regierung den Dank einernten, wenn sie die Mahl- und Schlachtsteuer abschafft. Vom Standpunkte des kommunalen und wirthschaftlichen Interesse aus, hätte sie diese Steuer schon vor Jahren abschaffen sollen.

Regierungs-Kommissar Geheimer Regierungs-Rath Scheele: Vorher habe ich schon erklärt, daß ich sachlich mich auf diese Diskussion nicht einzulassen habe. Ich will überhaupt meine Erklärung für die Zeit offen halten, wo diese Frage anderweitig und mehr vorbereitet zur Sprache kommen wird,

Abg. Dr. Virchow: Der Herr Vertreter des Finanz-Ministeriums hat einen Apell an die Vertreter der Städte mit Unrecht ergehen lassen, denn in diesem Hause sitzt meines Wissens Niemand, der für die Beibehaltung der Steuern gestimmt hätte. Wir können doch nicht die Majorität vertreten, der gegenüber wir uns in der Minorität befunden haben. Es ist überhaupt mißlich, durch eine städtische Vertretung eine Entscheidung herbeizuführen über die Frage, welche meistens die Klasse betrifft, welche nicht durch dieselbe vertreten ist. Was ich der Regierung vorwerfe, ist hauptsächlich, daß sie keine feste Position in der Frage einnimmt. Ich höre, daß sie die Zustimmung ertheilt hat, daß in Graudenz ein Zuschlag zu dieser gehässigen Steuer ausgeführt worden ist. So lange das möglich ist, so lange hat die Regierung nicht einmal einen Standpunkt eingenommen, der die weitere Entwicklung dieser drückenden Sache abschneidet. Es ist ihre Pflicht, sich klar zu machen, daß die Schäden sich in jedem Jahre steigern. Selbst die freie Entwicklung des Handels wird geschädigt, und Zweige des Handels, wie der Mehlhandel, werden ganz unmöglich. Andererseits muß sich die Regierung sagen, daß hier eine Steuer vorliegt, die auf eine Gesundheit der arbeitenden Klassen einen schlimmen Einfluß ausübt, indem die Beschaffung guter Nahrungsmittel erschwert wird. In Berlin ist die Aufhebung der Steuer daran gescheitert, daß man sich über einen Erlaß derselben nicht einigen konnte.

Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird angenommen.

Der Berichterstatter Abg. Krieger (Berlin) empfiehlt unter großer Unruhe des Hauses kurz die Annahme des Gesetzes, welches ohne weitere Diskussion darauf einstimmig angenommen wird. Das Haus geht darauf zum dritten Gegenstande der Tages-Ordnung über, zur Berathung des Berichts der Kommission für das Justizwesen über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein, und die Abänderung der Bestimmungen im Zusatz 228 des ostpreußischen Provinzialrechts.

Zu demselben sind folgende Amendements eingegangen: 1. Von dem Abg. Senff und Genossen: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1. im Art. 1 in der ersten Zeile zwischen: „Wer" und „Bernstein" einzuschalten; „noch nicht gewonnenen"; 2. den Art. 3 in Art. 2 und Art. 2 in Art. 3 umzuwandeln; 3. den Art. 3 des Kommissions-Vorschlages dahin zu ändern; „Wer schon gewonnenen Bernstein einem Andern in der Absicht wegnimmt, ihn sich rechtswidrig zuzueignen, ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu bestrafen"; 4. den Art. 2 des Kommissions-Vorschlages im Falle der Annahme des Vorschlages zu 2. dahin zu fassen: „Soweit in einzelnen Landestheilen abweichende Strafbestimmungen oder solche gegen das Verheimlichen von Bernstein in Geltung sind, treten dieselben außer Kraft. 2. Vom Abg. Dr. Achenbach und Genossen; Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Unter Annahme des Art. 1 und 2 des Regierungs-Entwurfs in die letzte Zeile des Art. 2 des letzteren Entwurfes hinter die Worte: „des Strafgesetzbuches" einzuschieben „§. 349"

Diese Amendements finden genügende Unterstützung.

Berichterstatter Abg. Dr. John: Ich hatte erwartet, daß kein Amendement gegen den Entwurf eingereicht würde. Das Amendement des Abgeordneten Achenbach will zwei Strafbestimmungen eingeführt wissen. Die Verletzung des Occupationsrechtes ist strafrechtlich selbst zu verfolgen. Daher ist eine Verschiedenheit der Begründung des Occupationsrechtes nicht maßgebend, hätte er nur die eine Bestimmung aufnehmen wollen, so würde man dagegen Nichts haben sagen können, außer daß sie zu milde wäre. Das Amendement Senff proponirt Art. 2 und 3 umgekehrt zu stellen. Im Uebrigen muß ich gestehen, daß seine Fassung annehmbar wäre, aber die Kommissionsvorlage ist dadurch richtiger, daß sie diese Gesetzvorlage auf analoge Gesetze zurückführt.

Vicepräsident von Bonin, der inzwischen das Präsidium übernommen, eröffnet die Generaldiskussion. Es erhält das Wort der Abg. Dr. Achenbach: Das Gesetz vom 16. Mai 1856 über die unerlaubte Gewinnung von Mineralien hat bestimmt, daß, wenn Jemand in unerlaubter Weise ihm nicht zugehörige Mineralien wegnimmt, nach § 349 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs bestraft wird, also nur so, als wenn er eine Polizeikontravention begangen hätte. Diese Bestimmung auf den vorliegenden Gegenstand zu übertragen, halte ich für zulässig und zweckmäßig, denn der Bernstein ist ebenso ein Fossil, wie der Eisenstein. Im Interesse der Einheit der Gesetzgebung bitte ich mein Amendement anzunehmen.

Regierungs-Kommissar Geheimer Justiz-Rath von Schelling: Die Staatsregierung erklärt sich mit den Abänderungsvorschlägen der Kommission einverstanden, kann aber die heute eingebrachten Amendements nicht zur Annahme empfehlen. Das Amendement des Herrn Abgeordneten Achenbach will eine Gleichstellung mit den Vorschriften gegen Eingriffe in das Bergregal. Für eine gelindere Bestrafung der Eingriffe in das Bernsteinregal ist jedoch keine Veranlassung vorhanden, denn Bernstein ist ein Gegenstand, den man, sobald man ihn findet, leicht in die Tasche stecken kann, und dessen Werth ein viel größerer ist, als der von andern Gesteinen. Die Staatsregierung kann also in dem Amendement nicht eine Verbesserung erkennen, weil damit das Recht der Eigenthümer auf den Bernstein nicht hinreichend gewahrt ist. Was das Amendement der Abgg. Senff und Genossen betrifft, so ist es lediglich als eine Fassungs-Aenderung zu betrachten, der gegenüber die Regierung die Fassung der Kommission für zweckmäßiger erachtet.

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen.

In der Spezialdiskussion zu § 1 erhält das Wort der

Abgeordnete Senff: Nach der Ueberschrift des Gesetzes hat die Staats-Regierung nur darüber eine Vorlage gemacht, wie die unbefugte Aneignung von Bernstein zu bestrafen sei. Es ist nun ein Unterschied zu machen zwischen der Aneignung von „noch nicht gewonnenem" und bereits „gewonnenem" Bernstein. Diesem Unterschiede trägt er im Amendement Rechnung. Das Gesetz als ein Strafgesetz gewinnt sicher, wenn man dessen Tendenz klar ausspricht. Dies geschieht durch mein Amendement, dessen Annahme ich Ihnen empfehle.

Abg. Dr. Michelis (Allenstein): In der Regierungs-Vorlage ist gesagt: Der Bernstein komme in der Ostse und „am Strande" derselben vor. Meines Wissens kommt er aber auch in dem weiteren Binnenlande in ziemlichen Quantitäten vor, und ich möchte mir daher den Vorschlag erlauben, statt „am Strande" vielleicht zu sagen „an der Küste", falls die Regierungs-Vorlage angenommen werden sollte. Das Küstenland ist allerdings noch nicht genau geologisch untersucht.

Regierungs-Kommissar Geh. Justizrath v. Schelling. Daß der Bernstein nicht blos an der Küste, sondern auch im Binnenlande gefunden wird, ist der königlichen Staatsregierung nicht entgangen, aber auch von ihr berücksichtigt worden.

Abg. Dr. Simson: Dem Abg. Senff gegenüber bemerke ich, daß der Artikel lautet: „Wer Berstein, ohne zu dessen Gewinnung befugt zu sein, sich zueignet" u. s. w. Soll nun gesagt werden: „Wer noch nicht gewonnenen Bernstein, ohne zu dessen Gewinnung befugt zu sein", gräbt, so würde dies zwar kein Gedankenfehler, aber doch etwas Ueberflüssiges sein, gerade so, als wenn man sagen wollte: „Wer noch nicht geschossene Hasen schießt, ohne zu derem Schießen befugt zu sein." Es handelt sich nicht um die Gewinnung des Bernsteins überhaupt, sondern um die Befugniß, den Bernstein zu graben.

Nachdem der Abg. Senff kurz erwidert und der Berichterstatter Dr. John die Kommissions-Vorschläge aufrecht erhalten hat, wird zur Abstimmung geschritten. Zur Geschäftsordnung bemerkt der

Abg. Dr. Achenbach: Da die Regierung erklärt hat, auf mein Amendement nicht eingehen zu können, ich aber das Zustandekommen des Gesetzes wünsche, weil es an sich eine große Wohlthat ist, so ziehe ich mein Amendement zurück.

Das Amendement Senff wird mit großer Majorität von dem Hause abgelehnt, dagegen der § 1 nach dem Kommissionsvorschlage angenommen. Der Abg. Senff zieht hierauf seine übrigen Verbesserungs-Vorschläge zurück, und werden die übrigen Paragraphen sowie das ganze Gesetz im Ganzen unverändert nach den Vorschlägen der Kommission von dem Hause fast einstimmig angenommen. (Schluß folgt.)

Parlamentarisches.

(N. A. Z.) Der Entwurf eines Gesetzes. betreffend die Anstellung von Justizbeamten der neu erworbenen Landestheile in den älteren Provinzen lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c., verordnen mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

§. 1. Justizbeamte, welche in den neu erworbenen Landestheilen nach den dort bestehenden Bestimmungen die Befähigung erlangt haben, ein Richteramt zu bekleiden, können auch in den älteren Provinzen als Richter oder Beamte der Staatsanwaltschaft angestellt werden. Für die Ernennung zum etatsmäßigen Mitgliede eines Appellationsgerichts ist jedoch außerdem erforderlich, daß der Beamte mindestens vier Jahr als etatsmäßiger Richter oder Staatsprokurator definitiv angestellt gewesen ist und für die Ernennung zum etatsmäßigen Mitgliede des Ober-Tribunals, daß er mindestens vier Jahre als Mitglied eines Obergerichts oder Appellations-Gerichts oder als Ober-Staatsanwalt (Kron-Ober-Anwalt, General-Staatsprokurator) fungirt hat. Mitglieder der in den neuen Landestheilen bestehenden Ober-Appellationsgerichte können ohne Beschränkung auf die Zeit ihrer bisherigen Amtsthätigkeit als Mitglieder des Ober-Tribunals angestellt werden. Die hiernach zu Mitgliedern des Ober-Tribunals berufenen Richter können bei demselben auch als Mitglieder des Rheinischen Senats fungiren.

§. 2. Wer mindestens vier Jahre die Stelle eines ordentlichen Professors der juristischen Fakultät bei einer Universität in den neuen Landestheilen bekleidet hat, kann zum etatsmäßigen Mitgliede eines jeden Gerichts ernannt werden, ohne daß die Ablegung der für Richtung vorgeschriebenen Prüfung oder

für die Ernennung zum Mitgliede eines Appellationsgerichts oder des Ober-Tribunals die vorgängige Anstellung als Richter bei anderen Gerichten erforderlich ist.

In- und Ausland.

Preußen. ☐ Berlin, 9. Jan. Nach einem Gerüchte wäre neuerdings eine Circulardepesche an die Vertreter Preußens im Auslande aus dem diesseitigen Cabinet ergangen, welche sich im Hinblick auf die nächste Zukunft über die Situation und die Beziehungen Preußens zu den europäischen Mächten ausgesprochen habe. Die „Elberfelder Ztg." giebt eine ausführliche Analyse der Depesche, die sie der Correspondenz eines andern Blattes entnommen haben will. Sie wird nicht näher bezeichnet und hat sich auch der hiesigen Zeitungsforschung bisher entzogen. Laut Mittheilungen über die Veranlassung der Depesche, die das Blatt einer Originalquelle entnimmt, hätten die Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes hier in Berlin mit den Mitgliedern des diplomatischen Corps mannigfache Berührungen gehabt, wodurch letztere in den Stand gesetzt worden seien, mancherlei dem großen Publicum unbekannte Dinge nach Hause zu berichten. Die Circulardepesche weise nun die Vertreter Preußens an, sich den dortseitigen Cabineten gegenüber dahin auszusprechen, daß Preußen, wenn es auch mit allen Staaten in gutem Einvernehmen stehe, doch nach keiner Seite hin gebunden sei. Die Situation sei eine so gute, daß Preußen sich ohne Sorge der Constituirung der norddeutschen Bundesverhältnisse überlassen könne und eine Störung derselben nicht zu besorgen habe. Daß man es hier nur mit Erdichtungen zu thun hat, dafür zeugt die Analyse gleich in ihrem ersten Passus von dem guten Einvernehmen, welches nach keiner Seite hin gebunden sei. Das ist nicht die Sprache einer diplomatischen Note; sich auf solche Weise auszudrücken, entspricht nicht der Convenienz. In diesem Punkte hat der Erfinder der Depesche seine Ausdrücke sehr unglücklich gewählt und was nun gar die Frage betrifft: ob der Friede gestört werden könnte. Das ist eine sehr delicate Frage, die ein Minister im diplomatischen Verkehr niemals berührt. Ueberdem denkt jetzt Niemand an eine Störung des Friedens. Alle Welt ist mit der Pariser Ausstellung beschäftigt, und die Unterbrechung dieses Friedenswerkes läßt sich von keiner Seite für welche die civilisatorischen Interessen Europas nur irgend bedeutsam erscheinen, erwarten. Mit einem Wort, die fragliche Circulardepesche entsprang dem Kopfe eines Mannes, dessen diplomatischer Verkehr sich über die Souterrains der Wilhelmsstraße wohl noch nicht emporschwang. — Die Berufung des norddeutschen Parlaments auf den 24. Februar bildet ein neues Merkmal des beschleunigten Verfahrens, welches die preußische Regierung in dieser Angelegenheit angewendet hat. Sämmtliche Geschäfte welche der Wahltag mit sich bringt: Feststellung des Wahlergebnisses, Anfrage bei den Gewählten, ob sie die Wahl annehmen wollen, endlich Berufung des Parlaments, sind auf 12 Tage verwiesen, gewiß eine nur sehr kurze Frist. Den Bezirksregierungen ist von dem Ministerium des Innern aufgegeben worden, die Bekanntmachung wegen der Wahlen durch die Amts- und Kreisblätter, sowie sonstige zu derartigen Publicationen verwendbare Blätter aufnehmen zu lassen und auch dafür Sorge zu tragen, daß die Namen der Wahlcommissare, sobald ihre Ernennung erfolgt ist, öffentlich bekannt gemacht werden. Bei den Formalitäten, welche der Ausfall der Wahlen nach sich zieht, soll die größeste Beschleunigung walten, so wird namentlich bestimmt, für die Anzeige der Wahlresultate den telegraphischen Weg zu benutzen. — Die in den Blättern angekündigte Ernennung des Herrn v. Savigny zum Präsidenten des Bundesraths ist mindestens verfrüht, da der Bildung des Bundesraths selbst noch die Constituirung des Bundes vorhergehen muß. Auf so lange aussehende Termine hinaus, pflegen in Preußen keine Ernennungen ins Auge gefaßt zu werden. — Sr. Majestät dem Könige ist von dem Domkapitel zu Fulda eine loyale Adresse überreicht worden, welche dem Könige und seinem ganzen Hause gewidmet ist. Dieselbe ist von Sr. Majestät dahin beantwortet, daß er mit großer Befriedigung in dieser Adresse einen Beweis dafür finde, wie die Geistlichen des Domkapitels zu Fulda die Pflicht richtig zu würdigen wüßten, welche der eingetretene Regierungswechsel ihnen auferlegt. Den Absendern der Adresse wurde der königliche Dank für die Gesinnungen der Treue und Ergebenheit zu erkennen gegeben, sowie für das Vertrauen, welches sie dem Könige und seiner Regierung ausgesprochen. — Die für das nächste Frühjahr angekündigte Reise des Königs nach den neuen Provinzen gehört gleichfalls zu den Darlegungen einer prophetischen Geistes, vor dem wir uns beugen müssen, da wir auch nach dieses Seite nur auf die hausbackene Erfahrung recurriren können, daß über Reisen, welche Allerhöchste und Höchste Personen im Frühjahr machen, zu Anfang Januar noch nicht bestimmt zu werden pflegt. — Die Ordensverleihungen für das nahe bevorstehende Krönungsfest unterliegen gegenwärtig den Erwägungen des Staatsministeriums. Wie man hört, werden sie für diesmal nicht die sonst übliche Anzahl erreichen. Es soll in Rücksicht darauf, daß schon im vergangenen Jahre bei verschiedenen Anläßen zahlreiche Ordensverleihungen stattfanden, der Grundsatz festgehalten werden, daß eine Beschränkung beobachtet werde, soweit dies zulässig erscheint. — Die Besetzung vieler Posten in den neuen Provinzen hat ein rascheres Avancement in den Beamtenkreisen, namentlich der Verwaltung zur Folge gehabt, weshalb auch für die nächste Zukunft die Ernennung einer Anzahl von Regierungsräthen bevorsteht. — Dem Abgeordnetenhause ist eine Petition des hiesigen Magistrats zugegangen, welche die Erhebung der Grund- und Haussteuer der Commune von Berlin überlassen zu sehen wünscht. — Das Statut der National-Invaliden-Stiftung wurde durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 24. v. Mts. genehmigt, welche sämmtliche Bestimmungen billigt, doch aber den Namen der Stiftung in „Victoria National-Stiftung" ändert. Grund dieser Aenderung war, daß die Idee der Stiftung von Ih. Königl. Hoheit der Kronprinzessin ausging, welche den Kronprinzen zu dem Erlaß von Brünn ausveranlaßte. Die bereits zu dem Zweck der Stiftung eingegangene Summe beläuft sich auf 252,000 Thlr. Es wird jedoch als wünschenswerth bezeichnet, daß sich noch eine größere Betheiligung für das Unternehmen zeige Man kann fast sagen, daß das Ausland größeren Antheil an der Stiftung nimmt als das Inland. Europäische, amerikanische und asiatische Länder und bekanntlich auch Australien lieferten Beiträge aus Sammlungen, die von Consuln und Privaten angeregt wurden. England hat dabei nicht den Erwartungen entsprochen, die sich darauf begründen ließen, daß das deutsche Element dort stark vertreten und gut organisirt ist.

— Man nimmt mit Gewißheit an, daß die Landtags-Session bis zum 4ten Februar währen wird.

— Die „Neue hannov. Ztg." erfährt in bezug auf die „Legion des Königs Georgs in Whitechapel", „daß das preußische Ministerium des Auswärtigen den königlichen Botschafter in London zur umfassenden Unterstützung der Verführten ermächtigt hat und daß letzterer allen, die zurückkehren wollen, die erforderlichen Mittel gewährt. Ferner erwartet dieselben in der Heimath keine harte Strafe. Es ist vielmehr in Aussicht genommen, in anbetracht ihrer unerfahrenen Jugend, die von Böswilligen gemißbraucht wurde, sie der Gnade des Königs zu empfehlen. Endlich ist zu melden, daß darauf hin bereits eine beträchtliche Anzahl der Betreffenden wieder in der Heimath eingetroffen ist. Die Verführer, deren man habhaft geworden, wird man streng — aller Wahrscheinlichkeit nach mit Arbeitshaus — bestrafen."

Baden. In der Residenz macht ein Diamantendiebstahl viel Aufsehen. Es stellt sich heraus, daß seit Jahren die verliehenen badischen Orden mit Brillanten verfälscht waren, daß sie nur Glas enthielten. Eine Untersuchung ist im Lauf, ein Angestellter suspendirt.

Württemberg. Ein sich sonst durch seine Antipathien gegen Preußen auszeichnendes, radicales württembergisches Blatt, der „Beobachter", sieht sich zu dem Geständniß gezwungen, daß die Stimmung der gebildeten Stände in Württemberg, der Officiere, des Adels, der Geistlichkeit, der Beamten und wohlhabenden Bürger jetzt immer mehr und mehr für einen Anschluß an Preußen sei.

Oesterreich. Preßburg. Seit einigen Tagen bildet eine militärische Execution, die am 5. d. vormittags 9 Uhr im Schlosse stattfinden sollte, hier das allgemeine Tagesgespräch. Das traurige Loos, mittelst Pulver und Blei für fünfmalige Desertion vom Leben zum Tode gebracht zu werden, sollte einen 23 Jahre alten Jäger, Johann Hatos, treffen. Die Vorbereitungen waren alle getroffen; der Verurtheilte war bereits ausgeführt, er war schon mit verbundenen Augen niedergekniet, als im letzten Augenblicke die Begnadigung kam. Der Pardonirte, der die ganze Zeit über fast ohnmächtig war, wurde von mehren Offizieren aufgerichtet und in die Kaserne zurückgebracht. Unter Thränen versprach der Begnadigte, welcher in den letzten Lebensmomenten unter dem religiösen Zuspruche eines Mitgliedes des Capuzinerordens die aufrichtigste Reue an den Tag legte, die vollständige Besserung. (Die vom König Johann von Sachsen unabsichtlich erst auf der Richtstätte gewährte Begnadigung scheint in Oesterreich der Nachahmung würdig befunden zu sein.)

Frankreich. Paris. „Le Temps" hat die Veröffentlichung einer Reihe von Artikeln des bekannten historischen Schriftstellers E. Quinet über die Ereignisse in Deutschland im Jahre 1866 begonnen. Der Verfasser macht sich und den Franzosen keine Illusionen; er ist überzeugt davon, daß Nichts mehr im Stande sein werde, die Einheit von ganz Deutschland zu verhindern. Schon vor länger als dreißig Jahren sagte Quinet in seinem Buche „Allemagne et Italie" u. A.: „Der Preußische Despotismus ist intelligent, rührig, unternehmend (vergessen wir nicht, daß Quinet ein Revolutionär vom reinsten Wasser); nichts fehlt ihm als ein Mann, der seinen Stern ins Auge fasse und kenne am hellen Tage; er lebt aber so von der Wissenschaft, als ein anderer von der Unwissenheit. Zwischen dem Volke und ihm giebt es ein geheimes Verständniß, um die Freiheit zu vertagen und den Nachlaß Friedrichs gemeinsam zu vermehren . . . Die Einheit, das ist der tiefe, fortdauernde, nothwendige Gedanke, welcher dieses Land bearbeitet und durchdringt. Religion, Recht, Handel, Freiheit, Despotismus — Alles was jenseit des Rheins lebt, drängt zu jener Lösung. . . . Die germanische Welt wartet nur auf eine Gelegenheit, und die Deutsche Nation, welche dazu bestimmt ist, diese Gelegenheit zu ergreifen, ist Preußen, welches in seinem Gürtel die Schlüssel Frankreichs trägt." — Quinet beurtheilt übrigens, trotz seiner vorgefaßten, demokratischen Meinungen, die Consequenzen der Deutschen Ereignisse in Deutschland selbst viel verständiger, als die Mehrzahl der Französischen Journalisten. Er gesteht ein, daß ein militärischer Absolutismus in Deutschland, nicht wie bei den lateinischen Racen zu besorgen sei Folge und Schlußfolgerungen der jedenfalls interessanten Arbeit Quinets müssen abgewartet werden, um die eigentliche Tendez derselben beurtheilen zu können.

Italien. Die Verhöre des Admiral Persano durch die Senats-Commission sind nun zu Ende; bis zur Entscheidung ist der Admiral indeß noch immer der Gefangene des Senats. Die Anklagepunkte wider ihn sind drei: Verrath, Feigheit und Unfähigkeit. Von den beiden ersten Anklagen wird er jedenfalls freigesprochen werden; weniger gewiß ist es, ob er es auch von der letzten wird. Wird er nicht vollständig absolvirt, so verläßt er natürlich den Dienst.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 10. Januar

— (Eis.) — Der vorige Winter hat unsern Herren Conditoren, Restaurateuren ꝛc. eine gute Lehre gegeben, die sie sich ad notam genommen haben. Das erkennen wir daraus, daß schon diese wenigen Tage des Frostes fleißig von ihnen zur Eis-Ernte benutzt worden sind. Selbst die infolge des wieder eingetretenen Regenwetters wohl bereits etwas mürbe gewordenen Eisschollen werden nicht verschmäht, um auf alle Fälle die leeren Keller zu füllen. Ganz besonders freuen wir uns darüber im Hinblick auf die angenehme Aussicht, in diesem Jahre mit einem weniger schlechten Bier fürlieb nehmen zu müssen als im vergangenen. Heutzutage ist das Eis bereits auf die Liste der nothwendigen Lebensbedürfnisse gekommen, und eine rechtzeitige Beschaffung desselben kann daher auch gar nicht genug anempfohlen werden. —

(Unglücksfall.) Ein Soldat erlitt gestern beim Ausgleiten einen Beinbruch und mußte mittelst einer Droschke nach dem Lazareth geschafft werden.

— (Stadt-Theater.) — Die Valentine. Bei der ganz außerordentlichen Begabung Freytag's für das Drama ist es gewiß sehr zu bedauern, daß sich der Dichter immer mehr und mehr von diesem Gebiete abwendet und seine Thätigkeit fast ausschließlich der Novellistik widmet. Ein so frisches, lebensfähiges Talent, wie das Freytags, braucht die deutsche Schaubühne nur allzu sehr. „Die Valentine," „Graf Waldemar", „Die Journalisten" haben dies zur Genüge documentirt. — Es sind nun gerade zwanzig Jahre her, daß die „Valentine" das Licht der Welt erblickte, und wie sie damals die Runde über alle Bühnen machte, so wird auch noch heute der gebildete Theil des Publikums an einem Werke sich erfreuen und erheben, das durch Birch-Pfeiffer'sche Trivialitäten wohl zeitweilig verdrängt, aber nie verdunkelt werden kann. — Auf die Darstellung des neu einstudirten Schauspiels übergehend, müssen wir zunächst anerkennen, daß sämmtliche Darsteller bemüht waren, den Intentionen der Dichtung möglichst gerecht zu werden. Frau Fischer spielte die Titelrolle schwungvoll und mit dem künstlerischen Geist, welcher die Leistungen der hoch begabten Dame stets auszeichnet. Würdig unterstützt wurde die Künstlerin von Herrn Göbel (Georg), dessen eigentliche Hauptkraft uns gerade in Rollen dieses Genres zu liegen scheint. Beiden wurde vom zahlreich versammelten Publikum lebhafter Beifall gespendet. — Gleicher Auszeichnung erfreute sich auch Herr Dr. Köth, der dem „Benjamin" eine sehr charakteristische Färbung verlieh. — Die „Prinzessin Marie" fand in Frl. Lehnbach eine ebenso anmuthige wie reizende Vertreterin. — Auch die kleinern Partien wurden von den Herren Kleinert, Rösicke, v. Weber, Hamm, Schäffer und Treptow gut dargestellt. M.

Handel und Verkehr.

Stettin, 9. Januar. (St.-Anz.) Weizen 80—88, Januar 88 nominell, Frühjahr 90 bez. Roggen 54—56, Januar 56 Br., Frühjahr $56\frac{1}{4}$—$55\frac{3}{4}$ bez., Rüböl 12 Br., Januar $11\frac{1}{2}$ G., April-Mai $12\frac{1}{4}$ Br., Spiritus $16\frac{5}{22}$, Januar $16\frac{1}{3}$ Br., Frühjahr $16\frac{11}{12}$ bez.,

Berlin, 9. Januar. (St.-Anz.) Weizen loco 70—90 Rt. nach Qualität, gelb märk. $88\frac{1}{2}$ Rt. frei Haus bez., Lieferung pr. Januar 82 Rt. nom., April-Mai $83\frac{3}{4}$—84 Rt. bez., Mai-Juni 84—$\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli $84\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Roggen loco 79—84 ℔. 57—58 Rt. ab Bahn bez., pr. Januar $56\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$—$\frac{3}{4}$ Rt. bez., Januar-Februar 56—$\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr $56\frac{1}{4}$—$55\frac{3}{4}$—$56\frac{1}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni $57\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., $\frac{3}{8}$ G., Juni-57—56 Rt. bez.

Gerste, große und kleine, 46—52 Rt. pr 1750 ℔. —

Hafer loco 26—29 Rt., schles. 27—$\frac{1}{2}$ Rt. böhmischer 28 Rt. ab Bahn bez., pr. Januar u. Januar-Februar $27\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $28\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ Rt. bez., Mai-Juni $27\frac{3}{4}$ Rt. G., Juni-Juli $29\frac{1}{4}$ Rt. G.

Erbsen, Kochwaare 60—68 Rt., Futterwaare 50—60 Rt. bez.

Rüböl loco, flüssiges 12 Rt. bez., gefrornes $11\frac{1}{3}$ Rt. bez., Januar $11\frac{11}{12}$ Rt. Br., Januar - Februar u. Februar-März $11\frac{7}{8}$ Rt. Br., April-Mai $12\frac{1}{24}$—12—$\frac{1}{24}$ Rt. bez. Mai-Juni $12\frac{1}{8}$ Rt. bez.

Leinöl loco $13\frac{1}{3}$ Rt.

Spiritus loco ohne Faß $16\frac{10}{24}$ Rt. bez. pr. Januar u. Januar-Februar $16\frac{10}{24}$—$\frac{5}{6}$ Rt. bez., Februar-März $16\frac{5}{6}$—$\frac{7}{8}$ Rt. bez., April-Mai $17\frac{1}{4}$—$\frac{5}{6}$—$\frac{7}{24}$ Rt. bez., Mai-Juni $17\frac{7}{12}$—$\frac{5}{12}$—$\frac{13}{24}$ Rt. bez.

Danzig, 10. Januar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hoch-, bunt: 124/5 —126 ℔. 95, 98—$97\frac{1}{2}$ 100, $102\frac{1}{2}$ Sgr.; 127—129 ℔. 98, 100 $103\frac{1}{2}$ — 100 104 Sgr.; 130,—131/2 ℔., 132—133 ℔. fein 115 108 Sgr. — Weizen bunt, dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19/121/22 ℔., 87 89,—88, 91 $92\frac{1}{2}$ Sgr., 122/23—124/25 ℔. 90, 93,—$92\frac{1}{2}$ 94 Sgr., 126/27 ℔. 93, 96 Sgr. pr 85 ℔. pr Schffl. einzuwiegen.

Roggen, 120 — 122 ℔. 58 — 59 Sgr., 124 — 126 ℔. 60 — 61 Sgr., 127 — 128 ℔. Ohne Zufuhr. pr $81\frac{5}{6}$ ℔. preuß. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4 ℔. 46 $46\frac{1}{2}$—$47\frac{1}{2}$, 48, Sgr. pr 72 ℔. pr Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102—104 ℔. $47\frac{1}{2}$ — 49, 51, Sgr. 106 — 108 ℔. 51, $51\frac{1}{2}$ — 52, 53 Sgr. 110 ℔. 52 $52\frac{1}{2}$ Sgr. pr gemessenen Scheffel.— Gerste, große Malz- 105—107 ℔., 51 $52\frac{1}{2}$—$52\frac{1}{2}$ $53\frac{1}{2}$ Sgr. 110—112 ℔. 54 55,—$54\frac{1}{2}$, $55\frac{1}{2}$ Sgr. 114 — ℔. ohne Zufuhr pr 72 ℔. pr Scheffel einzuwiegen.

Hafer $27\frac{1}{2}$—30 31 Sgr. pr 50 ℔. pr Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch- $62\frac{1}{2}$,— 64, 65 Sgr., abfallende 57 58—60 61 Sgr. pr 90 ℔. pr Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 pr 8000 % Tr. bez.

Danziger Börse.

Börsenverkäufe:

Nur durch ferneres Nachgeben der Inhaber kamen 120 Last zum Abschluß. — Kauflust einseitig.

Bedungen wurde: für bunt 124 ℔. fl. 530, 121 ℔. fl. 550, 126 ℔. fl. 560, besserer 123/24 ℔. fl. 560, 124 ℔. roth fl. 565, hellfarbig 123 ℔., 123/24 ℔. ausgewachsen fl. 570, gut- und hellbunt 125 ℔. fl. 580, 126/27 ℔., 128/29 ℔. fl. 585, 125 ℔., 126 ℔. fl. 590, 125/26 ℔. fl. 595, 125 ℔., 126 ℔., 128 ℔. fl. 610, 128 ℔. fl. $617\frac{1}{2}$, 128 ℔., 130 ℔. fl. 620, 129 ℔. fl. $622\frac{1}{2}$, hochbunt 131 ℔. alt fl. 650 pr 5100 ℔. pr Last.

Roggen unverändert. 118 ℔. fl. 339, 123 ℔. fl. 354 pr 4910 ℔. pr Last.

Gerste 110 ℔. fl. 312, fl. 318 pr 4320 ℔. pr Last.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 9. Jan. Wind: S.

Gesegelt: Huet. Cambridghire (D.) nach London, Getreide.

Nichts in Sicht.

Den 10. Jan. Wind: S.

Gesegelt: Brown, Joseph Somes (D.), nach London, — Andersen, Helene, Schiedam, — beide mit Getreide. — Brandhoff, St. Christopher, Dublin, Holz.

Nichts in Sicht.

Vermischtes.

— Die „Spen. Ztg." schreibt: Einen Beweis von der großen Gedächtnißstärke unseres Königs Majestät liefert folgende Thatsache. Als Se. Majestät vorgestern einem Theile der Aufführung des Rossini'schen Barbier von Sevilla im Victoria-Theater beiwohnte, bemerkte Allerhöchstderselbe nach dem Schlusse des 2. Akts dem Theater-Direktor Cerf, daß der Vater oder Großvater des Bassisten Derivis, des Darstellers des Basilio, Ihm wohl bekannt sei. Se. Majestät erinnerte sich nämlich, als Er 1814 im April in Paris gewesen und dort mit Seinem Königlichen Vater einer Opernvorstellung, und zwar der Vestalin, beigewohnt, ein Sänger Derivis damals die besondere Aufmerksamkeit auch durch folgenden Vorfall erregt habe. Während der Vorstellung sei nämlich ein an einem Stein befestigtes Blatt Papier auf die Bühne geworfen worden, welches Derivis aufhob, rasch durchflog, dann, die Vorstellung auf einen Augenblick unterbrechend, zum Orchesterdirigenten trat und nach kurzer Verständigung mit demselben eine Hymne anstimmte, welche zu Ehren des Königs Friedrich Wilhelm III., der Kaiser Alexander und Franz gedichtet worden war. Der jetzt im Victoria-Theater engagirte Bassist Derivis bestätigte alsbald, daß sein Vater allerdings in der Vestalin, die für ihn geschriebene Rolle gesungen und war sehr glücklich als er vernahm, daß Se. Majestät der König seinen Vater in so treuem Gedächtniß behalten. Wenn man bedenkt, daß fast 53 Jahre zwischen jenem Vorfalle und heut liegen und aus dem damals jugendlich strebenden Prinzen der Heldenkönig Wilhelm geworden, der nach Mühen und Sorgen jetzt, wie sein Königlicher Vater auf einen glorreichen Krieg zurückblicken kann, so wird man sich der seltenen geistigen Rüstigkeit des Königs mit Recht erfreuen dürfen.

(Ueber den Meteorfall), welcher in der Dienstagsnacht des 13. November am Cap der guten Hoffnung beobachtet wurde, berichtet Herr Macber, zweiter Assistent am Observatorium in der Capstadt, Folgendes: Um 10 Uhr Abends nahm ich mit Herrn Siefield unseren Posten ein; wir wählten für unsere Stellung den westlichen Flügel des Observatoriums, wo wir einen völlig freien Blick über den Horizont hatten. Von 10 Uhr 5 Minuten bis 1 Uhr 1 Minute beobachteten wir nur 33 Meteore in verschiedenen Himmelsgegenden. Um 1 Uhr 3 Minuten erschien vom Regulus, nahe am Horizonte, der erwartete erste Fall, aufsteigend gegen den Zenith, hell orangegelb mit langem Schweife. Ihm folgten 10 Minuten später glänzendrothe Meteore und verschwanden in der Nähe des Mars. Um 1 Uhr 16 Minuten zeigte sich ein prächtiger Ausbruch von Meteoren, aufsteigend vom Sternbilde des Löwen und breitete sich aus gegen Südwest, einige von orangegelber Farbe, größer als die Venus in ihrem höchsten Glanze, mit langen grünlichen Schweifen; einige mit tiefrother Farbe, andere ohne allen Schweif, insgesammt das großartigste Schauspiel, welches ein glücklicher Beobachter sich nur denken kann. Der Ausbruch erreichte seine Höhe um 2 Uhr 11 Minuten und zählten wir von 2 Uhr 10 Min. bis 2 Uhr 13 Minuten 200 Meteore der verschiedensten Größe. Das letzte, welches wir beobachteten, war um 2 Uhr 21 Min. bei vollkommener Tageshelle. Die Gesammtzahl der Meteore, welche wir zwischen 1 Uhr 3 Minuten bis 4 Uhr 21 Minuten notirten, betrug nicht weniger als 2742.

(Amerikanische Diebsstreiche.) Aus Newyork wird unter dem 22. Dezember geschrieben: Ein großartiger Diebstahl wurde vor Kurzem an dem bejahrten und kaum zurechnungsfähigen Banquier Lord verübt, wobei einer der Gauner sich mit Lord über irgend eine Speculation unterhielt, während sein Spießgeselle einen Blechkasten mit 1 1/2 Millionen Dollars in Staatspapieren aus dem eisernen Schranke des Banquiers entwendete und damit verschwand. In der letzten Woche ist ein ganz ähnlicher Diebstahl verübt worden, nur mit dem Unterschiede, daß das Opfer nicht eine altersschwache und unzurechnungsfähige Person, sondern ein Mann im Vollgenuß seiner Geisteskraft gewesen ist. Die Leitung der Royal-Feuerversicherungs-Gesellschaft, eine sehr reiche Association mit einem Capital von zehn Millionen wird sicherlich nicht Leuten ohne Geschäftskenntnisse oder Erfahrung anvertraut, sondern nur solche Personen, die in jeder Beziehung gewandte Geschäftsleute sind, werden dazu gewählt. So ist auch der Vice-Präsident der Royal-Feuerversicherungs-Gesellschaft ein höchst gewandter Geschäftsmann und genießt seiner Klugheit und Umsicht wegen das vollständigste Vertrauen. Vor einigen Tagen erschienen auf dem Bureau der Gesellschaft zwei elegant gekleidete junge Leute anscheinend dem höhern Kaufmannsstande angehörig, von denen der eine sich bei dem Vice-Präsidenten nach den Bedingungen für Versicherungen erkundigte. Da der Fremde angeblich eine sehr bedeutende Summe versichern wollte widmete ihm der Vice-Präsident seine ganze Aufmerksamkeit und lud ihn ein, an seinem Pulte Platz zu nehmen, während er die Prämien für verschiedene Versicherungssummen auf verschiedene Zeiträume ausrechnete. Der Begleiter des Fremden ging inzwischen in dem Bureau des Vice-Präsidenten, welches sich in den hinteren Räumen des Locals befindet, auf und ab. In demselben Zimmer befindet sich ein in die Wand gemauerter eiserner Schrank, in welchem ein kleines Blechkästchen mit Werthpapieren und Coupons aufbewahrt wurde. Der Schrank war nicht verschlossen und der Begleiter des Fremden spazirte auf der Seite, wo der Schrank sich befand, während der Vice-Präsident rechnete. Plötzlich sagte der Begleiter des Fremden dem Letzteren; daß er auf einige Augenblicke fortgehen müsse, indessen sehr bald wiederkommen werde. Das that er auch und erschien nach einigen Minuten wieder. Bald darauf nachdem die beiden Fremden sich empfohlen hatten, bemerkte der Vice-Präsident, daß das Kästchen, welches 213,000 Dollars enthielt, verschwunden sei. Es blieb kein Zweifel daß die beiden Fremden die Diebe waren, und sofort geschah Alles, um dieselben zu fangen, indessen ohne Erfolg. Wie bei allen solchen Diebstählen, scheint es auch in diesem Falle gewesen zu sein, je frecher die That, desto leichter gelang sie. Ob die Diebe jemals entdeckt werden, ist mehr als zweifelhaft, alle bisherigen Nachforschungen haben keine Spur derselben ergeben.

Inserate jeder Art

besorgen **prompt** zu den **Original-Insertionspreisen.** ohne Anrechnung von Porto und sonstige Spesen in **sämmtliche deutsche, französische, englische, holländishe, russische, amerikanische etc. etc. Zeitungen**

G. L. Daube & Co.

ZEITUNGS-ANNONCEN-EXPEDITION

in

Frankfurt a. M. & Hamburg,

Bei grösseren Aufträgen gewähren wir den **höchstmöglichsten Rabatt** und versenden unser **neuestes ausführliches Verzeichniss aller Zeitungen des In- und Auslandes gratis und franco.**

Kosten-Anschläge stehen bereitwilligst zu Diensten.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in dem Hause Langenmarkt Nr. 20 neben dem Hotel du Nord ein

Cigarren- und Tabacks-Geschäft

unter der Firma **J. C. Meyer,** das ich dem Wohlwollen eines geehrten Publikums ganz ergebenst empfehle.

Julius Carl Meyer.

Mit kais. königl. Ministerial-Approbation. Vor Fälschungen wird gewarnt!

Per Paquet 4 Sgr. oder 14 Kr.

Gegen Hals und Brustleiden



Stollwerck'sche Brust Bonbons.

aus der privil. Fabrik von Franz Stollwerck, Königl. Hoflieferant in Köln a. Rh.

Ein sich stets bewährendes, dabei angenehmes Hausmittel gegen Husten, Heiserkeit, rheumatische und chronische Catarrhe, so wie alle Hals- und Brust-Affectionen. Für die vollkommene Vereinigung der vorzüglichsten, den Respirations-Organen zuträglichen Kräutersäften mit dabei gleichzeitig magenstärkenden Eigenschaften wurde das Fabrikat von vielen hervorragenden ärztlichen Autoritäten empfohlen, sowie mit Preis- und Ehren-Medaillen prämiirt. — Es befinden sich Depôts dieser Specialität in fast sämmtlichen Städten des Continents. — Lager à 4 Sgr. à Paquet in **Danzig** bei **Albert Neumann,** Langenmarkt 38, und bei **F. E. Gossing,** Heiligegeistgasse 47, in **Carthaus** bei **H. Nabon,** in **Elbing** bei **Bern. Janzen,** in **Pr Holland** bei **C. E. Weberstädt,** in **Pr. Stargardt** bei **Alb. Bauch.**

Tanz-Unterricht von Albert Czerwinski.

Mittwoch, den 2. Januar, begann ein neuer Cursus meines Tanzunterrichts für Anfänger und werden die Anmeldungen zu demselben in meiner Wohnung **1. Damm 2. Saal-Etage,** entgegengenommen. **Albert Czerwinski,** Mitgl. d. kaiserl. Tanz-Akademie zu Paris und Tanzlehrer in Danzig, 1. Damm 2, Saal-Etage.

Druck und Verlag der West-Preussischen Zeitung.

Die

Kunst-und Buchdruckerei

von

R. W. WENDT

DANZIG

70. Hundegasse 70.

empfiehlt sich zur sorgfältigsten Ausführung aller vorkommenden Arbeiten,

als:

Zeitschriften und Werke jeder Wissenschaft und in jeder Sprache, Jahresberichte und Statuten für Commandit-Gesellschaften, Vereine etc., Circulare, Formulare und Schema's, Preis-Courante, Geschäfts-, Empfehlungs-, Visiten- und Speise-Karten, Rechnungen, Gelegenheits-Gedichte (auf Wunsch Dichtung), Facturen, Empfangszettel, Geschäfts-Anzeigen, Etiquettes in Schwarz- und Buntdruck etc. etc.

Placate vom kleinsten bis zum grossartigsten Format schnell, billigst und zweckentsprechend

Auf Lager: Rechnungen, Anweisungen, Bank-Diskontoscheine etc., Pensions-Quittungen, Anmeldescheine, Mieths- u. Lehr-Contracte etc.



In meiner seit 14 Jahren bestehenden Heilanstalt finden Kranke mit Rückenschiefheit und Nervenkrankheiten wie Schmerzen, Lähmungen, Krämpfen 2c. Genesung. Weibliche Pensionäre nehme ich in mein Haus auf.

Dr. Lenz.

Meine isolirt liegende Besitzung, die etwa 300 M. pr. groß ist, durchweg sehr schönen Boden hat und 1/2 Meile vom Bahnhof Pelplin entfernt ist, bin ich bereit sofort zu verkaufen.

F. Raykowski-Pommey.

Die Lungenschwindsucht

wird naturgemäß ohne innerliche Medicin geheilt. Adresse: Dr. **H. Rottmann** in **Mannheim.** (Francatur gegenseitig.)

Das Möbelmagazin eigner Fabrik

von

G. Kröpfgans,

Tischlermeister, 4. Damm 3,

empfiehlt sich einem geehrten Publikum mit seinem reichhaltigen Lager gut gearbeiteter Möbel bei soliden Preisen zur geneigten Beachtung.

G. Kröpfgans.

Sandgrube 21

sind verschiedene landwirth. Maschinen, Drehmangel, Wurst- und Buttermaschine und Grüben-Presse zu verkaufen; alte Maschinen-Eisen und Metall werden angekauft. (Grabgitter und Kreuze in bester Auswahl.)

Berliner Börse vom 8. Januar 1867.

Wechsel-Course vom 8.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	143 1/2 bz
do. 2 Monat	5	142 3/4 bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	151 5/8 bz
do. 2 Monat	4	150 7/8 bz
London 1 Lstrl. 3 Monat	4	6. 21 3/4 bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	80 1/2 bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	76 7/8 bz
do do. 2 Monat	5	76 3/8 bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56.20 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	3 1/2	56 20 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	99 3/4 G
do. 3 Monat	6	99 1/6 G
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	89 5/8 bz
do. do. 3 Monat	7	87 3/4 bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	4 1/2	110 1/4 bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	81 bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	4 1/2	103 1/4 bz
Freiw. Anleihe	5	98 1/4 bz
St.-A. von 54—55, 57	4 1/2	98 1/4 bz
do. von 56	4 1/2	98 1/4 bz
do. von 59	4 1/2	98 1/1 bz
do. von 64	4 1/2	98 1/4 bz
do. von 50—52	4	89 1/2 bz
do. von 53	4	89 1/2 bz
do. von 62	4	89 1/2 bz
Staats-Schuldscheine	3 1/2	84 3/4 bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	3 1/2	121 1/2 bz
Kr.- und Nm. Sch.	3 1/2	82 1/4 bz
Od.-Dchb.-Oblig.	4 1/2	97 1/2 bz
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	3 1/2	78 3/4 bz
do. neue	4	88 5/8 bz
Ostpreußische Pfandbriefe	3 1/2	79 G
do. "	4	85 5/8 bz
Pommersche "	3 1/2	79 1/2 bz
do. "	4	89 1/8 bz
Westpreußische Pfandbriefe	3 1/2	76 1/2 bz
do. "	4	85 3/8 bz
do. neue	4	84 3/4 bz
do. do.	4 1/2	93 1/4 G
Preußische Rentenbriefe	4	90 bz

Gold- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	113 1/2 bz	Dollars	1.11 1/2 bz
Gold-Kronen	9.7 3/4 B	Sovereigns	6.22 1/8 G
Louisd'or	111 G	Russische Bakn.	81 bz
Napoleonsdor	5. 11 1/2 bz	Polnische do.	— —

Mehrere gebrauchte, jedoch vorzüglich gute **Flügel** sind zu verkaufen **Heiligegeistgasse 118.**

Italienische Violin- und Cello-Saiten bester Qualität erhielt und empfiehlt verwittwete Instrumentenmacher **Riedel,** Scheibenrittergasse 6.

Inserate in sämmtl. existirenden Zeitungen zu **Original-Preisen** prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen **Rabatt. Annoncenbureau von Eugen Fort in Leipzig.**

Casino-Gesellschaft.

Montag, den 21. Januar um 8 Uhr

BALL

im Schützenhause.

Der Vorstand.

Der conservative Verein zu Reichenberg versammelt sich Mittwoch den 16. d. M. 5 Uhr Abends im gewöhnlichen Lokale.

Kirchliche Nachrichten

für die Zeit vom 1. bis 6. Jan.

St. Elisabeth. Getauft: Söhne, Friedr. Paul Carl d. Feldwebel Carl Lucks, Otto George d. Sergeant Carl Staff.

Aufgeboten: Reservist Heinrich Wilhelm Stock m. Igfr. Amalie Louise Tillwichs.

Gestorben: Grenadier Eduard Dietrich 24 J. 11 M. 8 Tg., Schlagfluß, Grenadier Valentin Mankowitz 21 J. 10 M. 15 Tg., Typhus Heitzer Heinrich Johann Beling, 26 J. Nervenfieber, Tochter Lina Gertrud d. Divisionspred. Collin. 6 M. 2 T. Magenerweichung.

Angemeldete Fremde am 10. Januar 1867.

Walters Hotel. Die Herren: Rittergutsb. Fließbach a. Chotschesken, Regimentsarzt Dr. Stephan a. Danzig, Kaufl. v. Limpicki a. Warschau, Santz u. Hurdell a. Elberfeldt, Jollowitz a. Thorn, Fuhr a. Waldenberg, Baumgärtner a. Berlin.

Hotel de Berlin. Die Herren: Kaufl. Sahlmann a. Fürth, Terberger a. Berlin, Schmidt a. Königsberg, Drahm a. Waldenburg, Stürze a. Stettin, Philipp a. Frankfurt a O., Behrendt a. Hawallenz.

Hotel de Thorn. Die Herren: Rentier Zorawsky a. Köln, Reuter a. Bromberg, Photograph Rasch a. Schwetz, Techniker Hasse a. Schwiez Kaufl. Heim a. Liebstadt, Lilienthal a. München.

Hotel du Nord. Die Herren: Kaufl. Meyer n. Gem. a. Königsberg, Andersen a. Kanders, Weber a. New-York.

Stadttheater zu Danzig.

Freitag den 11. Januar. (Abonnement suspendu.) Benefiz für Herrn Eichberger. **Robert der Teufel.** Große Oper in 5 Acten von Meyerbeer.

Bei Vorausbezahlung 25 mal 5 Thlr. (resp. 10 Gulden.

Druck und Commissionsverlag von R. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.